12 II 1

# Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos": München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :



Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos, München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 35 | München, 28. August 1931 | 18. Jahrgang

## 1931 Wochenkalender 5691

| | Aug. | Elul | Bemerkungen |
|---|---|---|---|
| Sonntag | 30 | 17 | |
| Montag | 31 | 18 | |
| Dienstag | Sept. 1 | 19 | |
| Mittwoch | 2 | 20 | |
| Donnerst. | 3 | 21 | |
| Freitag | 4 | 22 | |
| Samstag | 5 | 23 | נצבים וילך<br>הפטרה<br>שוש אשיש<br>(Jes. 61, 10—11. 62, 1—12. 63, 1—9)<br>(P. R. פרק ה' ו') |

# Das Jüdische Echo

Nummer 35 | 28. August 1931 | 18. Jahrgang

# Ruhe in Palästina

## Der arabische Generalstreik

**Im allgemeinen ruhiger Verlauf, nur in Nablus Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten**

Jerusalem, 24. August. (JTA.) Der von der arabischen Exekutive zum Protest gegen das Bestehen von Waffenlagern in den jüdischen Kolonien und zur Erinnerung an die Unruhen im August 1929 proklamierte Generalstreik ist, wie die Polizeibehörde der JTA. mitteilt, im ganzen Lande ziemlich vollständig durchgeführt worden. Erleichtert wurde die Durchführung des Streiks dadurch, daß er auf einen Sonntag fiel und daher die christlichen Geschäfte ohnehin geschlossen hatten. Die jüdischen Geschäfte blieben geöffnet, ebenso einige arabische Lebensmittelgeschäfte. Vorsichtshalber hatten einige jüdische Familien ihre in den gemischten Vierteln gelegenen Wohnungen verlassen und waren vorübergehend in die rein jüdischen Viertel umgezogen. Die bei Privatbauten beschäftigten arabischen Bauarbeiter waren zur Arbeit erschienen, dagegen streikten die bei öffentlichen Straßenbauarbeiten beschäftigten arabischen Arbeiter. Nirgends ist es zu Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung gekommen.

Etwa 40 Mitglieder der palästinensisch-arabischen Exekutive hatten versucht, gemeinsam mit einer Anzahl von Anhängern trotz des Regierungsverbots den in Aussicht genommenen Zug zum Regierungsgebäude durchzuführen, wurden jedoch von der Polizei daran gehindert. Nach längeren Verhandlungen zwischen dem Kommandanten der Polizeikräfte, Major Wainwright, und dem Sekretär der arabischen Exekutive, Jamal Husseini, wurde vereinbart, daß eine Deputation von 10 Mitgliedern der arabischen Exekutive in das scharfbewachte Regierungsgebäude eingelassen werden sollte, um das Protestmemorandum der arabischen Exekutive zu überreichen. Wegen des Sonntags war keiner der leitenden Regierungsbeamten anwesend. Das Memorandum wurde dem Privatsekretär des High Commissioners, Mr. Cust, überreicht. Die Deputation hatte auch beabsichtigt, Kopien des Memorandums in allen ausländischen Konsulaten zu überreichen, doch waren diese einschließlich des türkischen Konsulats geschlossen.

**Der Zusammenstoß in Nablus — Polizeikommandant Kyles schwer verletzt — Militär besetzt das Regierungsgebäude**

Ein hoher Polizeibeamter gab am Nachmittag dem Vertreter der JTA. gegenüber seiner Meinung dahin Ausdruck, daß nunmehr, nachdem die arabische Exekutive ihre Protestgeste durchgeführt habe, mit keiner Störung der Ruhe zu rechnen sei.

Bald darauf traf aus Nablus die Nachricht ein, daß es dort zu einem ernsten Zusammenstoß zwischen Polizei und Demonstranten gekommen sei. Wie der Polizeioffizier Spicer der JTA. mitteilte, hatten sich um 5 Uhr nachmittags neuerlich Zusammenrottungen von Arabern gebildet, die eine ungeregelte Demonstration veranstalteten, und die ihnen entgegentretende Polizei mit Steinen und schweren Ziegeln bewarfen. Die Polizei sah sich schließlich genötigt, zu feuern. Bei dem Zusammenstoß wurde Polizeikommandant Kyles und drei Demonstranten erheblich verletzt und mußten ins Hospital gebracht werden. Es wurde sodann Militär herangezogen, das das Regierungsgebäude besetzte. Abends waren Polizei und Militär vollkommen Herren der Lage. Polizeioffizier Spicer erklärte dem JTA-Vertreter jeder Versuch einer neuerlichen Ruhestörung würde schonungslos mit den schärfsten Mitteln unterdrückt werden.

Am Tage vor dem Streik waren in Nablus drei Führer der extremen arabischen nationalistischen Elemente verhaftet worden. Sie werden sich wegen Aufruhrs zu verantworten haben. Vor der Polizeistation, in der die Verhafteten festgehalten wurden, sammelte sich ein etwa 220köpfiger Mob an, der lärmend die Freigabe der Verhafteten forderte. Als die Menge sich auf polizeiliche Aufforderung nicht zerstreute, ging die Polizei mit dem Knüppel vor, wobei einige Demonstranten leicht verletzt wurden. Die Zusammenrottung konnte aber erst, nachdem die Polizei eine Schrecksalve in die Luft abgegeben hatte, aufgelöst werden. Um 1 Uhr nachts war die Ruhe wieder hergestellt. Die verhafteten Aufrührer wurden nach Jerusalem gebracht und dort vom Polizeirichter einem ersten Versuch unterzogen. Die Verhandlung gegen sie wurde für diese Woche angesetzt.

**Die Lage in Palästina am Tage nach dem Generalstreik**

Jerusalem, 24. August. (JTA.) Am Tage nach dem arabischen Generalstreik bietet das Leben in ganz Palästina ein vollkommen normales Bild. Aus allen Teilen des Landes treffen Berichte ein, die übereinstimmend den Eintritt vollkommener Ruhe bestätigen. Auch in Nablus ist nach 48 Stunden ununterbrochener Unruhe die Ordnung vollkommen wiederhergestellt. Alle Geschäfte wurden morgens wie gewöhnlich geöffnet.

Wie der Polizeioffizier Spicer der JTA. mitteilt, wurde Polizeikommandant Kyles, der am Sonntag nachmittag im Kampfe gegen die arabischen Demonstranten verwundet worden ist, nach Jerusalem zur Durchleuchtung des Kopfes und des Brustkorbes gebracht. Er dürfte schwere innere Verletzungen davongetragen haben.

## Irrwege des Parteikampfes

Zu den Vorgängen in der Berliner Jüdischen Gemeinde

Als das Berliner Polizeipräsidium, die Aufsichtsbehörde der Berliner Jüdischen Gemeinde, im Monat Mai d. J. die Gemeindewahlen vom November 1930 bestätigt hatte, wodurch die damals gewählte

liberale Mehrheit die Geschäfte der Gemeinde übernehmen konnte und die seit dem Jahre 1927 existierende Regierung des Mehrheitsblockes, unter Führung der Jüdischen Volkspartei, ablöste, haben wir an dieses Ereignis einige Bemerkungen geknüpft. Wir wiesen damals auf die Notlage hin, in welcher sich gegenwärtig die Juden in Deutschland und besonders in Berlin befinden. Wir unterstrichen die Bedeutung der Berliner Einheitsgemeinde, die wegen der Lagerung der in ihr vorhandenen Richtungen, gebieterischer noch als anderswo, eine Kooperation von Mehrheit und Minderheit verlangen — unbeschadet der Wahrung der einzelnen Parteistandpunkte — und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß sich auf allen Seiten der neuen Berliner Repräsentantenversammlung der gute Wille äußern werde, bei aller Gegensätzlichkeit, einander zu respektieren und alles zu vermeiden, was die bestehenden Gegensätze noch verschärfen könnte. Wir haben damals eindringlich an die neue Mehrheit appelliert, sich vor einem allzu selbstherrlichen Gebrauch ihrer Macht zu hüten, die Kontinuität in der Gemeindeverwaltung zu wahren und ihre Vormachtstellung nicht dazu zu benützen, um rücksichtslos alles abzubauen, was man vielleicht nach ihrem Programm nicht hätte schaffen sollen. Schließlich muß man in einer Einheitsgemeinde von der Auffassung ausgehen, daß wirklichen Herzenswünschen und besonderen Bedürfnissen starker Gruppen in einem gewissen Maße Rechnung zu tragen sei. Wir haben der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die kommenden Wochen, gerade unter dem Druck der herrschenden Wirtschaftsnot, im liberalen Lager den Sieg der gemäßigten Kreise über einzelne Kampfhähne und Scharfmacher davontragen werden.

Seit Juni sind die Liberalen in Berlin in ihren Ämtern installiert. Diese wenigen Wochen haben klar dargetan, daß die Hoffnungen, welche in weiten Kreisen der Berliner Judenheit und fast überall im Reiche gehegt wurden, die Verhältnisse in der Berliner Jüdischen Gemeinde würden sich bei aller Gegensätzlichkeit doch friedlicher gestalten, als es während der sehr heißen Wahlschlacht im November 1930 proklamiert wurde, leider keine Erfüllung gefunden haben. Bei allem redlichen Bemühen, zu den Vorkommnissen in der Berliner Jüdischen Gemeinde während der letzten Wochen Distanz zu bewahren und allen dort gefaßten Beschlüssen Verständnis entgegenzubringen, muß man zu dem Ergebnis gelangen, daß psychologisch und auch materiell von der neuen liberalen Mehrheit Methoden angewendet wurden, die nicht nur Kopfschütteln, sondern eine unbedingte Verurteilung hervorrufen müssen. Schon die Verteilung der einzelnen Posten im Vorstand der Gemeinde, der Ausschluß der 14 Mann starken Gruppe der Volkspartei aus dem Präsidium der kollegialen Vorstandsbehörde, die einzelnen Vorgänge bei der Wahl der volksparteilichen Mitglieder des Vorstandes, wobei man sich eine Zensurierung der vorgeschlagenen Kandidaten aus politischen Gründen anmaß, die verschiedenen Anträge und Anfragen einzelner intransigenter Linksliberaler, welche restlos die Unterstützung der gesamten Fraktionen fanden, ließen erkennen, daß wenigstens in den ersten Tagen von dem Wunsche auf liberaler Seite, der Jüdischen Volkspartlei eine sachliche Mitarbeit zu ermöglichen, wenig zu merken war. Man tröstete sich aber damit, daß man sich sagte, in den ersten Tagen müßten neue Besen, weil sie neu sind, scharf fegen und nach einigen Tagen werde sich eine Beruhigung einstellen. Dieser Trost war übereilt. Die folgenden Wochen erbrachten den Beweis, daß auf liberaler Seite das Parteiinteresse über das Gemeinschaftsinteresse geht. Wir verstehen ganz gut, daß die Partei bestrebt ist, in weitestgehendem Maße ihr Programm zu verwirklichen. Das reale politische Leben verlangt aber von allen Parteien, daß sie, um gedeihlich zu arbeiten und um das Interesse der Gesamtheit zu respektieren, verständnisbereit seien und eine mittlere Linie einschlagen, damit durch den Konses der wichtigsten Parteien eine friedliche Arbeitsatmosphäre geschaffen werde, in der allein eine Gemeinschaft gedeihen kann. Diese Art zu regieren, wird von den größten Parteien in allen Ländern, auch wenn diese Parteien allein die Macht repräsentieren, peinlichst beobachtet. In der Berliner Jüdischen Gemeinde aber scheinen von der Mehrheit andere politische Methoden vorgezogen zu werden.

Das zeigte sich in den letzten Sitzungen der Berliner Repräsentantenversammlung. In Anträgen, Reden und Beschlüssen äußerte sich eine Gehässigkeit gegen die Jüdische Volkspartei und ein Ton, der nicht anders als schwer provokatorisch betrachtet werden muß. Man verfolgt auf liberaler Seite die Methode, in rücksichtsloser Art die Abstimmungsmaschine walten zu lassen. Man läßt sich auf gar keine Diskussion ein. Man verwirft die Argumente des Gegners, bevor man sie noch gehört hat und versteift sich auf Beschlüsse, deren materielle Bedeutung in gar keinem Verhältnis zu der Aufregung stehen, die diese Beschlüsse in der Öffentlichkeit verursachen. Anfragen und Anträge der Opposition werden mit einer Geringschätzung behandelt, als ob sie lästige Störungsversuche wären und nicht Äußerungen einer Partei, die Zehntausende von Wählern in der Berliner Gemeinde hinter sich hat. Der Beschluß, die Subvention für den hebräischen Lehrstuhl an der Universität Jerusalem zu entziehen, der mit fadenscheinigen Argumenten motiviert wurde und bei dem es gar nicht auf die Ersparnis der 12 000 RM. ankam, um die es sich hierbei handelt, sondern um eine Demonstration, daß von nun ab in der Berliner Jüdischen Gemeinde alles, alles was mit dem Palästina-Aufbau zu tun hat, nicht die geringste Gnade finden werde, war ein Gewaltstreich allerschlimmster Art. Denn dieser Beschluß war, die Liberalen mögen das auch tausendmal bestreiten, geradezu eine hämische Geringschätzung des Geistes aller Abmachungen, die vor einigen Jahren zwischen den damals in der Gemeinde maßgebenden Volksparteilern und den Liberalen getroffen wurden. Auf Grund jener Abmachungen haben die Wahlen im November 1930 stattgefunden, und die jetzige liberale Mehrheit ist ja eine Nutznießerin des volksparteilichen Verzichts im Jahre 1928, die Mandate bis Ende 1932 auszuüben. Wenn es den Volksparteilern darum gegangen wäre, einen Lehrstuhl der Berliner Jüdischen Gemeinde für die Dauer von zwei Jahren zu errichten, so hätten sie das mit den Stimmen des Mehrheitsblocks ohne Unterstützung der Liberalen tun können. Die Liberalen haben jedoch damals dafür gestimmt, und das bedeutete die Schaffung einer dauernden Institution. An dieser Sachlage kann weder gerüttelt noch gedeutelt werden. Der liberale Beschluß, die einzige Zuwendung für Palästina durch die Jüdische Gemeinde Berlin, nämlich die 12 000 RM. für den Lehrstuhl zu streichen, ist, man mag auf liberaler Seite noch so sehr über diesen Vorwurf erbost sein, eine Verletzung des Vertrauens, das man den Worten ihrer Führer entgegengebracht hat.

Neben diesem Beschluß sind die kleinen Nadelstiche, die immer wieder von liberaler Seite der Volkspartei versetzt werden, kaum noch der Erwähnung wert. Aber auch diese verschärfen die Beziehungen vielleicht noch stärker als die prinzipiellen Entscheidungen und schaffen eine Atmosphäre, in der der Friede in der Berliner Gemeinde nicht mehr gewahrt werden kann. Sehr zum Schaden der Berliner Juden und der jüdischen Gesamtheit in Deutschland. Ob das im Geiste des Judentums liegt, und mit den Prinzipien „liberaler Duldsamkeit" noch in Einklang gebracht werden kann, sind Fragen, die die jüdische öffentliche Meinung mit einem glatten „Nein" beantworten wird. l. s.

## Bemerkungen

### Auch eine Thomaerinnerung

Dem vor zehn Jahren, am 26. August 1921, verstorbenen Ludwig Thoma hat man in dieser Woche viele Gedächtnisartikel gewidmet — daß sein Andenken gerade in Bayern verdient in Ehren gehalten zu werden, ist gewiß. Aber Ludwig Thoma ist nicht immer derselbe gewesen. Durch sein Schaffen geht ein großer Riß: was er vor 1918 schuf, kann man nicht ohne einige Gewaltsamkeit in demselben Atemzug loben, in dem man feiert, was er nachher getan und, sagen wir es ruhig, getrieben hat. Der Historiograph der letzten Thoma-Zeit, der Zeit seiner Mitarbeit am „Miesbacher Anzeiger", wird nicht viel Erbauliches zu berichten haben, von den 160 Aufsätzen, in denen Thoma hemmungs- und verantwortungslos und anonym über „Saujuden" und „Preußen" darauflosräsonniert. Gute Freunde Thomas meinen, er sei damals bereits krank gewesen und man tue seinem Namen und seiner eigentlichen Leistung einen üblen Dienst, wenn man an diese Aufsätze erinnert, die an sprachlicher und gedanklicher Maßlosigkeit ihresgleichen suchen. Mag sein — doch soll man nicht vergessen, daß auch dies zum Bilde Thomas gehört und man soll daraus lernen, daß auch dieser Mann, der seine besten Freunde unter Juden hatte, durch schwere Ereignisse aus dem Gleichgewicht gebracht, sich nur durch die Entwicklung übelster Haßgefühle gegen die Juden zu helfen wußte. Man braucht es nicht zu vergessen — aber man sollte nicht daran erinnern, wenn man Thoma loben will, und auch Herr Joseph Hofmiller sollte es nicht in den „Münchener Neuesten Nachrichten" tun, wo er einige Briefe zitiert, in denen Thoma von der „galizisch-berlinischen Versauung der deutschen Kunst", vom „Einfluß der zionistischen Zeitungen auf Schrifttum, Sprache und Kunst" spricht, und meint, diese Briefe zeigten, wie man, sobald man aus Thoma zitiert, immer auf das Lebendige treffe.

Der Sauherdenton, um ein mildes Wort zu gebrauchen, in dem Thoma von 1918 ab über alles Jüdische schrieb, von dem man allerdings in diesen Briefen nur einen kleinen Vorgeschmack zu spüren bekommt, ist freilich lebendig geblieben. In dieser Beziehung hat Thoma Schüler gefunden, die zwar nicht sein Talent haben, sich aber sein Vokabular trefflich anzueignen wußten. Aber seit Thoma gestorben ist, sollte man auch in den M.N.N. gelernt haben, daß diese Epoche Thoma nicht viel gute Früchte getragen hat, wenn man nicht gerade Blutvergießen, Revolution, Zwietracht im deutschen Volke, Judenhatz und Judenverfolgung gutheißt und erstrebt. Wer Thoma lieben und loben will, der sollte Anderes von ihm zu sagen wissen und daran wäre gewiß kein Mangel gewesen, jedenfalls müßte man Thoma bedauern, wenn nichts Besseres von ihm lebendig bliebe. I. E.

### Die Legende von der jüdischen Presseherrschaft

Auf Grund der statistischen Angaben des soeben von Prof. Dr. E. Dovifat im Verlag Carl Dunker herausgegebenen „Handbuchs der Weltpresse" stellt Hans Oppenheimer in Nr. 15 der Zeitschrift des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten „Der Schild" eine Untersuchung über den Einfluß der Juden auf das deutsche Pressewesen, der von antisemitischer Seite immer wieder als übermächtig dargestellt wird, an. Vergleiche zeigen, daß die Zahl der deutschen Tageszeitungen sich von 1927—1930 um 112 auf 3353 vermehrt hat. Der Prozentsatz der rechtsgerichteten Zeitungen von den Nationalsozialisten bis zum Zentrum ist mit 35,4 Prozent aller Zeitungen der gleiche geblieben. Dagegen ist die liberal-sozialistische Presse um 2,3 Prozent auf 8,5 Prozent gesunken. Die parteilose und Generalanzeiger-Presse ist um 2,2 Prozent auf 55,3 Prozent gestiegen. Die sogenannte „Linkspresse" einschließlich der kommunistischen stellt nach wie vor nur den zehnten Teil der deutschen Presse dar, die sogenannte „Judenpresse" noch nicht einmal den zwanzigsten Teil. Von den 85 größten deutschen Zeitungen werden noch nicht zehn von jüdischen Chefredakteuren geleitet. Da aber gerade die Provinzblätter, die Generalanzeiger-Presse und die neutrale Presse noch viel weniger als die große Presse unter „jüdischem Einfluß" stehen, so dürfte dort der jüdische Anteil kaum den bevölkerungsmäßigen Anteil von 1 Prozent übersteigen. Von einem Vorherrschen der „jüdischen" Presse kann also in keinem Falle die Rede sein, auch nicht, wenn man auf die deutschen Zeitungskonzerne näher einginge, von denen nach wie vor der Hugenberg-Konzern an der Spitze steht.

### Silberne Löffel aus dem Mittelalter

Ein Urteil, das nicht nur an mittelalterliche Zustände gemahnt, sondern sie auch praktisch wiederherstellt, wurde vom Kasseler Landgericht in einem Prozeß der jüdischen Gemeinde von Rotenburg a. d. Fulda gegen das dortige Pfarramt gefällt. In Rotenburg sind die Juden auf Grund einer alten Verordnung, deren Datum und Entstehungsursache sich nicht mehr feststellen läßt, dazu verpflichtet gewesen, alljährlich je einen silbernen Löffel an den Stiftsprediger der Neustädter Kirche abzuführen. Schon in den Jahren 1809, 1833 und 1851 wurden vergebliche Versuche gemacht, diesen vermeintlichen Rechtsanspruch des Pfarramts für nicht bestehend erklären zu lassen. Die Behörden und Gerichte stellten sich aber immer auf die Seite des Pfarramts. Nur während der französischen Okkupation von 1814 haben die Juden diese entwürdigende Abgabe nicht zu leisten brauchen. Vor kurzem ist es nun den beiden jüdischen Nachbargemeinden von Meimbressen und Mansbach, für die eine gleiche „Verpflichtung" anerkannt wurde, gelungen, sie durch die Justizbehörde in aller Form annullieren zu lassen. Daraufhin hat nun auch die Gemeinde Rotenburg den Versuch gemacht, eine Entscheidung der Gerichte herbeizuführen, nach der diese Abgabenverpflichtung aufgehoben wird. Das lokale Rotenburger Gericht lehnte das ab und erklärte den Anspruch des Pfarrers auf die Löffelsteuer für einen gültigen Rechtstitel. Aber auch die Revisionsinstanz, das Landgericht in Kassel, schloß sich dieser Auffassung an. In einer eben der jüdischen Gemeinde von Rotenburg zugeleiteten Urteilsbegründung von fünfzehn Seiten Umfang führt das Landgericht aus: Es sei nicht zu erweisen gewesen, daß die Löffel-Steuer Überrest des mittelalterlichen Hörigkeitsverhältnisses der Juden zur Kirche

sei und es werde nicht für ausgeschlossen gehalten, daß es sich um eine privatrechtliche Schuld der Juden an die Kirche handelt. Sei das aber der Fall, so müsse die Löffelabgabe auch weiterhin geleistet werden. Die Juden von Rotenburg können von Glück sagen, daß ihr Pfarrer nicht „auf Grund privatrechtlicher Verpflichtung" Leibeigenschaftsdienste verlangt hat — dieses Gericht hätte sie wahrscheinlich auch dazu verurteilt.

### Der Irrtum der roten Assimilation

Das Organ der tschechoslowakischen Poale Zion Der „jüdische Sozialist" veröffentlicht an leitender Stelle einen Artikel „Der Fall Heinrich Kalmar: ein Opfer des Irrtums der Assimilation" von Mendel Singer. Heinrich Kalmar hatte bekanntlich nach dreißigjähriger Tätigkeit in der deutschen Sozialdemokratie der Slowakei Selbstmord begangen und in einem hinterlassenen Briefe erklärt, daß ihn der Antisemitismus der Parteigenossen, die gegen die Kandidatur eines Juden bei den nächsten Gemeindewahlen agitierten, in den Tod getrieben hat. Die parteiamtliche Untersuchung des Falles ist im Gange; eine Reihe führender Preßburger Funktionäre wurde ihres Amtes enthoben.

Mendel Singer charakterisiert die Verdienste des verstorbenen Führers um die Entwicklung der Partei, ihrer Presse und die Tätigkeit Kalmars in den Umsturztagen, seine Leiden im Horty-Ungarn und die großen persönlichen Opfer, unter welchen Kalmar seine Parteiarbeit leistete. Selbst der ungarische Oberstaatsanwalt, der gegen ihn die Anklage wegen Vaterlandsverrates erhoben hatte, charakterisierte ihn mit folgenden Worten: „Ein reiner Mensch. An seinen Händen klebt kein Blut." Der Prozeß der Zurückdrängung der Juden im Wirtschaftsleben, schreibt Singer, beginne sich auch in der Politik geltend zu machen. Der Fall Kalmar sei ein typisches Beispiel hierfür, aber er illustriere auch einen tragischen Irrtum, er beweise, daß der Glaube an die Assimilation ein Irrglaube sei. Singer ruft den jüdischen Sozialdemokraten am Schlusse seines Aufsatzes zu: „Ihr werdet weder Euch noch die anderen dauernd über Euer Judentum hinwegtäuschen. Sprache und äußere Kultur merzen die tiefen Wesensverschiedenheiten nicht aus. Kehret zu Eurem Volke zurück. Durch die arbeitenden Massen unseres Volkes sollt ihr ihm und dem internationalen Sozialismus dienen. Das ist unsere Lehre aus dem Fall Kalmar."

## Die Sitzung der Exekutive der Jewish Agency in Zürich

### Die Verteilung der Ressorts — Beratung über Landentwicklungsplan und Bodengesetzgebung — Aufruf zu einem Notopfer für Palästina

Zürich, 19. August. (JTA.) Vom 17. bis 19. August fand in Zürich im Eden-Hotel eine außerordentliche Sitzung der Exekutive der Jewish Agency statt, an der die folgenden noch in Europa weilenden Mitglieder der Exekutive teilnahmen: Präsident Nahum Sokolow, Prof. S. Brodetsky, H. Farbstein, B. Locker, Dr. Maurice Hexter und Dr. Werner Senator. Auf besondere Einladung waren ferner die folgenden Herren anwesend: Leo Motzkin, Dr. Victor Jacobson, Dr. Arthur Ruppin, Leib Jaffee. An einem Teil der Sitzung nahm auch der dem Administrativ-Komitee der Jewish Agency angehörende Herr Leo Simon-Berlin teil. M. M. Ussischkin, der gegenwärtig in Bad Kissingen weilt und mit Rücksicht auf die zur Verhandlung stehenden Bodenfragen dringend eingeladen worden war, konnte aus Gesundheitsgründen nicht zur Sitzung kommen. Über den Verlauf der Sitzung wurde ein längeres offizielles Kommuniqué ausgegeben, in dem zunächst berichtet wird, welche Tätigkeit die einzelnen Mitglieder der Exekutive seit dem Abschluß der Council-Tagung der Agency geleistet haben. Sokolow, der sich jetzt in der Schweiz aufhält, hat mit einer Reihe von Persönlichkeiten und Organisationen zwecks Vorbereitung der künftigen Arbeit den Kontakt aufgenommen. Prof. Brodetsky hat, bevor er seinen Urlaub antrat, in London Verhandlungen mit der Regierung über die aktuellen Fragen, worunter insbesondere der Landentwicklungsplan zu verstehen ist, geführt; diese Verhandlungen wurden später im Auftrage der Exekutive von S. Kaklansky fortgesetzt. Berl Locker wird sich demnächst nach London begeben, um das Departement für Organisation und Propaganda zu übernehmen. Emanuel Neuman wird nach seiner Rückkehr aus Amerika in London ein Ressort für Förderung der Privatinitiative in Palästina leiten und die Zusammenarbeit mit Amerika organisieren. Dr. Bernhard Kahn bleibt als Mitglied der Agency-Exekutive ohne Ressort in Berlin. Weiter teilt das Kommuniqué die bereits bekannten Tatsachen mit, daß Dr. Arlosoroff die Leitung des politischen Departements in Palästina übernimmt und daß Dr. Senator und Dr. Hexter sich demnächst nach Palästina begeben werden, um ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Dr. Berkson und Harry Viteles befinden sich bereits in Palästina. H. Farbstein wird nach den Feiertagen nach Palästina übersiedeln.

Den wichtigsten Gegenstand der Beratungen bildete, so heißt es in dem Kommuniqué weiter, die politische Entwicklung der letzten Wochen in London und in Palästina, insbesondere die Fragen des Landentwicklungsplans und der damit zusammenhängenden Gesetzgebung. Die Exekutive hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die die Wahrung der Interessen des jüdischen Kolonisationswerkes und des Jüdischen Nationalheims bezwekken. Ferner wurde die finanzielle Situation, sowie der Stand und die Aussichten der Notstands-Aktion des Keren Hajessod erörtert. Aus einigen Ländern liegen bereits günstige Anfangsberichte über die Erfolge der Notstands-Aktion vor. Die Exekutive beschloß, einen besonderen Aufruf an die Juden aller Länder zu erlassen, in dem die Notwendigkeit besonderer Opfer für Palästina in diesem Moment dargelegt wird. Was die reguläre Keren-Hajessod-Arbeit betrifft, über die Herr Jaffee referierte, so ist besonders erwähnenswert der Beschluß, eine Delegation mit Sokolow an der Spitze nach den Vereinigten Staaten von Amerika zu entsenden. Dieser Delegation wird auch Dr. Hexter angehören.

### Weizmann geht nach Südafrika

London, 24. August. (JTA.) Dr. Chaim Weizmann gibt bekannt, daß er die vom Keren Hajessod an ihn ergangene Einladung, die Leitung einer Campagne für diesen Fond in Südafrika im Dezember d. J. zu übernehmen, angenommen hat.

### Die „Bemerkungen" der Mandatskommission zum Palästinabericht der Mandatarmacht

Genf, 24. August. (JTA.) Am Montag, dem 24. August, wurden die Bemerkungen der Mandatskommission zu dem ihr auf ihrer Junitagung vorgelegten Palästinabericht veröffentlicht. In diesem Dokument wird die Erklärung des Vertreters der englischen Regierung, Unterstaatssekretär für die Kolonien Dr. Drummond Shiels, zur Kenntnis

genommen, daß die englische Regierung bemüht sei, die jüdische Einwanderung ohne Benachteiligung der arabischen Majorität dadurch zu fördern, daß durch Ausbau der palästinensischen Wirtschaft die Fassungskraft des Landes für neue Einwanderer erhöht wird. Ferner wird die Vorbereitung eines landwirtschaftlichen Entwicklungsplans zur Kenntnis genommen. Die Mandatskommission begrüßt es, daß der Vertreter der britischen Regierung anerkannt hat, daß eine Besserung der arabisch-jüdischen Beziehungen von einer gerechten Lösung wirtschaftlicher Fragen abhängig ist.

Die Stellung der Mandatskommission zur Palästinapolitik der englischen Regierung wird durch folgende Bemerkung gekennzeichnet: Die Mandatskommission hat nicht ohne ein gewisses Unbehagen die Fluktuationen der Palästinapolitik der Mandatarmacht verfolgt und hofft, daß die neuen Bemühungen, das Problem der arabisch-jüdischen Beziehungen zu lösen, von Erfolg gekrönt sein werden.

In einer Reihe weiterer Bemerkungen zu Einzelfragen begrüßt die Mandatskommission die Erklärung Dr. Shiels, daß die Mandatarmacht in Übereinstimmung mit dem Weißbuch einen Legislative-Council einzusetzen beabsichtige. Sie nimmt es zur Kenntnis, daß bezüglich verschiedener Gegenstände ein Abweichen vom Weißbuch erfolgte. Sie bringt die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Mandatarmacht ihre Absicht, die Stadtverwaltungen zu reorganisieren und ihnen weitgehende Machtvollkommenheiten einzuräumen, verwirklichen werde. Sie betrachtet eine periodische Zusammenstellung genauer statistischer Daten über die Arbeitslosigkeit als von größtem Wert für die Bestimmung der Jahresquoten für die Arbeitereinwanderungskontingente.

Schließlich spricht die Mandatskommission in ihren „Bemerkungen" die Hoffnung aus, daß der Bericht der Klagemauerkommission, durch den die jüdischen und arabischen Rechte auf die Mauer endgültig definiert werden, den früheren Auseinandersetzungen über dieses Problem ein Ende bereiten werde.

## Die neuen „Zehn Gebote"

Moskau, 10. August. (JTA.) Das Zentralkomitee des Bundes der Gottlosen hat folgende „Zehn Gebote" zur Bekämpfung der jüdischen Feiertage verkündigt: 1. In allen Fabriken, kooperativen Artels, Kollektivfarmen, Schulen und Klubs sind Vorträge über die Themen: „Fünfjahresplan und Religion", „Antisemitismus und Religion", „Kollektivisierung und Religion", „Der Klassencharakter der jüdischen religiösen Feiertage" und „Modernes Judentum und nationaler Haß" zu halten. 2. Zu Rausch Haschonoh und Jom Kippur sind Exkursionen zu veranstalten, antireligiöse Filme zu zeigen und Theaterstücke antireligiösen Inhalts zur Aufführung zu bringen. 3. Anstelle der hohen Feiertage sind „nationale Arbeitstage" zu proklamieren, an denen jedermann zur Arbeit im Dienste des Landes aufgefodert werden soll. 4. Es sind besondere antireligiöse Ausstellungen zu veranstalten. 5. Das Radio soll in den Dienst der antireligiösen Propaganda gestellt werden. 6. Anläßlich der jüdischen Feiertage sind besondere Versammlungen der Jugend und der Frauen einzuberufen. 7. Eine großzügige Werbung von Mitgliedern für den Bund der Gottlosen ist durchzuführen. 8. Es ist eine Geldsammlung für den Bau eines Kriegsschiffes, das den Namen „Militanter Apikoires" tragen soll, einzuleiten. 9. Die jiddischen Publikationen antireligiösen Inhalts sind zu vermehren und in Kolonien und Fabriken zu verbreiten. 10. Jedes in einer Stadt ansässige jüdische Mitglied des Bundes der Gottlosen hat sich an den jüdischen Feiertagen in die Dörfer zu begeben, um die Bauern zur Ablieferung der Ernte an die Regierung anzueifern.

Moskau, 20. August. (JTA.) Das Volksbildungskommissariat der Union der russischen Sowjetrepubliken hat an alle Volksbildungsabteilungen in der Sowjetunion ein Zirkular versandt, in welchem auf die Bedeutung der antireligiösen Kampagne aus Anlaß der bevorstehenden jüdischen hohen Feiertage hingewiesen und die Beteiligung an dieser Kampagne als eine wichtige politische Aufgabe bezeichnet wird. Im Hinblick darauf, heißt es in dem Zirkulär, daß die antireligiöse Kampagne während der Herbstbestellung der Felder, zu Beginn des neuen Schuljahres und während der Vorbereitung zum vierten Jahr des Fünfjahrplanes vor sich geht, müsse in diesem Jahre auf die antireligiöse Arbeit anläßlich der jüdischen Feiertage besonderer Nachdruck gelegt werden. Die antireligiösen jüdischen Kreise müssen kontrolliert und aktiviert werden. In Fabriken, in denen eine größere Zahl jüdischer Arbeiter beschäftigt ist, sind antireligiöse Diskussionen zu veranstalten. Jede Fabrikszeitung hat eine besondere, der Bekämpfung der jüdischen Feiertage gewidmete Rubrik einzurichten. Studenten werden die Fabrikskomitees in der Organisierung der antireligiösen Arbeit unterstützen. Antireligiöse Prozessionen von Schulkindern und Exkursionen in die antireligiösen Museen sind zu organisieren.

### Massenflucht aus dem Rayon Kalinindorf 4000 Rückwanderer in einem Jahr

Moskau, 18. August. (JTA.) Die jiddisch-kommunistische Zeitung „Emess" veröffentlicht statistische Daten über die Bevölkerungsbewegung im Distrikt Kalinindorf, aus denen zu ersehen ist, daß in der Zeit vom Juli 1930 bis zum Juli 1931 eine wahre Massenflucht der Kolonisten in die Städte eingesetzt hat. Die Zahl der jüdischen Kolonisten im Kalinindorfer Distrikt ist in diesem Zeitraum von 15 418 auf 11 465 gesunken. Von den Kolonisten, die im letzten Frühjahr angekommen sind, sind etwa zwei Drittel bereits wieder in ihre früheren Wohnorte zurückgekehrt. So sind z. B. von den Familien, die die Siedlungen Nr. 4, 11 und 18 gebildet hatten, nicht weniger als 85 geschlossen wieder abgereist, während nur 16 Familien in diesen Siedlungen zurückgeblieben sind.

Auf Grund der statistischen Daten kommt „Emess" zu dem Schluß, daß drastische Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die Entvölkerung dieses Gebietes zu vermeiden. Die Ursachen der Abwanderung erblickt die Zeitung darin, daß die Kolonisten nicht, wie ihnen versprochen worden war, je eine Kuh pro Familie bekommen haben, und daß in den Läden der Konsumkooperative Lebensmittel nicht im ausreichenden Maße zu erhalten waren. Die Kolonisten befürchten, daß sich diese Verhältnisse im kommenden Winter noch verschlimmern würden. Das Blatt glaubt, daß der Landflucht nur dann ein Ende bereitet werden könnte, wenn 1. die Brutalitäten der Beamten gegenüber den Siedlern — es werden in dem Artikel mehrere solche Fälle angeführt — aufhören; wenn jeder Kolonist für seine Arbeit verantwortlich gemacht wird und 3. wenn die Lebensmittelversorgung verbessert und die Belieferung der neuangekommenen Siedler auch mit anderen Bedarfsartikeln durch die Konsumkooperative sichergestellt wird.

# Aus der jüdischen Welt

## „Haltet die Wohlfahrtspflege aufrecht!"
### Ein Aufruf der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden

Berlin, 23. August. (JTA.) Die Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden hat soeben einen Aufruf an die jüdischen Gemeinden Deutschlands ergehen lassen, der mit den Worten beginnt: „In schwerer Stunde richten wir an die jüdischen Gemeinden in Deutschland den Ruf: Haltet die Wohlfahrtspflege aufrecht!" Wir wissen — so heißt es in dem Aufruf weiter — daß alle Gemeinden, große wie kleine, in diesen Wochen und Monaten von dem Übergewicht der Ausgaben über die Einnahmen fast erdrückt werden, daß vielfach geglaubt wird, die Aufwendungen für die Wohlfahrtspflege müßten nunmehr wesentliche Kürzungen erfahren. Dieser Auffassung muß entgegengetreten werden: Keine Aufgabe ist zwangsläufiger als die Aufrechterhaltung der Wohlfahrtsarbeit und der Sozialpolitik, ohne die die Gemeinschaft nicht gesund bleiben und leben kann. Kultus und Verwaltung haben keinen Sinn mehr, wenn die Gemeinschaft nicht am Leben bleibt. Nichts wäre unpassender, als durch Einstellung gegenwärtiger Leistungen zur Verhütung von Schäden die Notwendigkeit viel größerer späterer Leistungen zu ihrer Heilung herbeizuführen. Schon haben deshalb einige Gemeinden weitblickend erkannt und in die Tat umgesetzt, daß so gewaltige Not nicht nur keine Kürzung, sondern eine Erhöhung der Wohlfahrtsetats und -leistungen gebieterisch verlangt. Wenn tatsächlich alle nicht unerläßlichen Ausgaben der Gesamtverwaltung entschlossen eingestellt werden, dann besteht die Möglichkeit, den gegenwärtigen Stand der Wohlfahrtsleistungen mindestens zu erhalten. Wir richten an alle Gemeindevorstände und -vertretungen die dringende Bitte, diese Fragen sofort erneut zu prüfen, um überall eine Herabsetzung der Wohlfahrtsleistungen unbedingt zu vermeiden.

In dem Aufruf werden noch folgende Grundgedanken entwickelt:

Helft, daß überall die unentbehrlichen Heime, die Kindergärten, Horte, Jugendheime offen bleiben. Vermehrt die Speisungen. Aber vermeidet und verhindert rücksichtslos alle Doppelarbeit, jeden Leerlauf.

Erhaltet der Arbeit alle Berufskräfte. Sie leisten schwerste, verantwortungsvolle Arbeit. Sie bringen das Vielfache von dem herein, was sie kosten.

Ermutigt den Helferwillen jedes Einzelnen: Gewinnt freiwillige Mitarbeiter! Weckt die Nachbarschaftshilfe! Schafft „Pfundsammlungen"!

Stärkt in der Arbeit die Gemeinschaft mit den anderen konfessionellen und interkonfessionellen Organisationen und mit der öffentlichen Wohlfahrtspflege.

Gemeinden und Vereine schließt euch enger zusammen! Erhaltet und stärkt das Werk der jüdischen Wohlfahrtspflege.

Unterzeichnet ist der Aufruf für den geschäftsführenden Vorstand der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden von Rabbiner Dr. Baeck als Vorsitzendem.

## Die jüdische Wohfahrtspflege in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 21. August. (JTA.) Zu unserer Meldung „Drohender Zusammenbruch der Wohlfahrtspflege der Israelitischen Gemeinde Frankfurt a. M." wird uns mitgeteilt, daß die „Jüdische Wohlfahrtspflege, Frankfurt" ein selbständiger Verein und nicht eine Stelle der Israelitischen Gemeinde Frankfurt a. M. ist.

## Zwei weitere Friedhofschändungen in Hessen
### In Griedel und in Offenbach — Taten verhetzter Schulkinder

Darmstadt, 19. August. (JTA.) In Hessen haben sich in den letzten Tagen zwei Fälle von Schändungen jüdischer Friedhöfe ereignet. In dem oberhessischen Dorf Griedel bei Butzbach haben sich zwei elfjährige Schüler in der Dämmerung in den jüdischen Friedhof eingeschlichen und haben dort drei Grabsteine beschädigt. Zwei davon warfen sie um, einen dritten beschädigten sie dadurch, daß sie auf der Grabinschrift, die auf „Adolf Bär" lautete, den Nachnamen wegkratzten und „Heil Adolf" (Hitler) an dessen Stelle setzten.

Die zweite Schändung ereignete sich in Offenbach, wo auf dem jüdischen Friedhof zwei Grabsteine vom Sockel gestürzt wurden. Hier fehlt von den Tätern noch jede Spur.

Erst im Mai d. J. wurde in einem anderen hessischen Orte, in Echzell, der jüdische Friedhof geschändet.

## Schändung der portugiesischen Synagoge in Hamburg

Hamburg, 18. August. (JTA.) Die Synagoge der portugiesisch-jüdischen Gemeinde in der Marcusstraße zu Hamburg ist in der Nacht vom 17. zum 18. August von unbekannten Tätern geschändet worden. Nach Zertrümmerung einer Scheibe im Obergeschoß der Synagoge sind die Täter in das Innere eingedrungen und haben sämtliche Behälter, Wandschränke usw. aufgebrochen. Das in den Schränken aufbewahrte Altargerät wurde herausgerissen und schwer beschädigt. Da nichts entwendet wurde, wird mit Sicherheit angenommen, daß durch die antisemitische Agitation verhetzte Individuen mit der Absicht der Schändung in die Synagoge eingedrungen sind. Die im Jahre 1855 eingeweihte Synagoge der portugiesisch-jüdischen Gemeinde in der Marcusstraße zu Hamburg ist eine der schönsten und ehrwürdigsten Synagogen in Deutschland.

## Erich Mendelssohn Mitglied der Akademie der Künste

Berlin, 13. August. (JTA.) Unter den neuen Mitgliedern der Preußischen Akademie der Künste, die am Verfassungstag in die Abteilung für die bildenden Künste berufen wurden, befindet sich auch der bekannte jüdische Architekt Erich Mendelssohn, der auf dem Gebiete der modernen Architektur eine führende Rolle spielt. Auch auf die neue jüdische Architektur in Palästina hat Mendelssohn durch seinen Entwurf für die Kraftstation der Palestine Electric Corporation in Tel-Awiw richtunggebend gewirkt.

## Dr. Arthur Sakheim gestorben

Frankfurt a. M., 24. August. (JTA.) Im Alter von 44 Jahren verstarb in Berlin nach kurzer schwerer Krankheit der bekannte Schriftsteller und Dramaturg Dr. Arthur Sakheim. In der „Frankfurter Zeitung" veröffentlichte er zahlreiche Aufsätze über jüdisches Schrifttum.

## Ein Hitlersekretariat und Propagandazentrum in der Schweiz

Zürich, 21. August. (JTA.) Die sozialdemokratische Zeitung „Volksrecht" in Zürich erfährt, daß die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei" ein eigenes Sekretariat und Propagandazentrum für die Schweiz in Zürich geschaffen hat. Leiter der Schweizer Hitlerfiliale sei ein ehemaliger deutscher Leutnant Namens Max von Monstadt, der von der Reichszentrale München, also von Hitler, nach Zürich entsandt worden sei. Das Züricher Hitlerbüro gedenkt, in den nächsten Tagen mit einem breit-

angelegten Werbefeldzug einzusetzen, dann soll die förmliche Konstituierung der Partei, Filiale Schweiz, erfolgen.

### Ein Weltkongreß für Frieden durch die Religion Sitzung des Exekutivkomitees in Genf unter Teilnahme von Dr. Stephan Wise und Senator Rubinstein

Genf, 13. August. (JTA.) Am 12. August wurde in Genf die Sitzung des Exekutivkomitees der Weltkonferenz für den Frieden durch die Religion eröffnet. Als Vertreter des jüdischen Glaubens nahmen an den Beratungen Rabbiner Dr. Stephan S. Wise (Neuyork) und Senator Rabbiner Rubinstein (Wilna) teil.

Es wurde die Einberufung des Weltkongresses für den Frieden durch die Religion für November 1932 beschlossen. Die Beteiligung der Vertreter der neun größten Religionen ist bereits gesichert. Dem gemeinsamen Aktionsausschuß der Religionen gehören u. a. als Vertreter des Judentums Professor Albert Einstein, der auch Vizepräsident des Kongresses sein soll, als Vertreter der Katholiken der ehemalige österreichische Bundeskanzler Prälat Dr. Seipel, als Vertreter der Brahmanen Rabindranath Tagore an.

### Revisionistische Austrittspropanganda

Paris, 23. August. (JTA.) Nr. 35 der revisionistischen Zeitschrift „Rasswjet" (Berliner Vertretung: S. Trochmann, Berlin W 62, Courbierstraße 12), welche unter der Redaktion von Wladimir Jabotinsky erscheint, wird vollständig dem Gedanken einer „Unabhängigen Zionistischen Organisation" gewidmet sein.

Die revisionistische Union steht, wie bekannt, gegenwärtig vor dem Problem der Regelung ihrer künftigen Beziehungen zur Zionistischen Weltorganisation. Eine der bestehenden Tendenzen geht dahin, diese Beziehungen auf der Basis vollständiger Selbständigkeit der revisionistischen Union umzubauen, d. h. die revisionistische Union in eine „Unabhängige Zionistische Organisation" zu verwandeln. Nr. 35 des „Rasswjet", der am 30. August erscheint, gibt eine zusammenfassende Darstellung dieses Standpunktes. Diese Nummer wird ausnahmsweise nicht nur in russischer Sprache erscheinen, sondern sie wird auch eine deutsche Übersetzung aller entsprechenden Artikel, in der Form eines selbständigen Heftes enthalten.

### Wiederaufnahme des Halsmann-Prozesses beantragt

Wien, 18. August. (JTA.) Die Anwälte Philipp Halsmanns, der gegenwärtig in Paris seine Studien fortsetzt, haben dem Innsbrucker Landesgericht für Strafsachen den Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Halsmann überreicht. Zur Begründung des Antrags wird angegeben, daß Tatsachen bekannt geworden sind, die ein neues Licht auf die gegen Halsmann erhobene Beschuldigung des Vatermordes werfen. Das Gericht wird anfangs September seine Entscheidung über das Wiederaufnahmegesuch treffen.

### Gründung einer jüdischen Zentralbank in Lettland

Riga 11. August. (J,TA.) Sämtliche jüdischen Kreditgenossenschaften Lettlands, mit Ausnahme jener, die mit dem Joint Distribution Committee in Verbindung stehen, haben beschlossen, sich im Hinblick auf die herrschende Wirtschaftskrise zu fusionieren und eine jüdische Zentralbank in Lettland zu gründen.

### Die Selbstmordepidemie unter den Warschauer Juden dauert an

Warschau, 18. August. (JTA.) Die Selbstmordepidemie unter den Warschauer Juden, eine Folge der rapid zunehmenden Wirtschaftsnot unter der Warschauer jüdischen Bevölkerung, hat noch nicht abgeebbt. Gestern waren wieder vier Selbstmorde zu verzeichnen. Der achtzehnjährige Benjamin Lewin, der seit längerer Zeit arbeitslos ist, machte seinem Leben durch Einatmen von Leuchtgas ein Ende. In einem Haustor fand man einen sechsundzwanzigjährigen jungen Mann vergiftet auf. In einem bei ihm gefundenen Schreiben schildert der Selbstmörder den wirtschaftlichen Zusammenbruch seiner Familie und teilt mit, daß er seit zwei Tagen nichts gegessen hat. Die achtunddreißigjährige Witwe Deborah Pedgerf, die in eine verzweifelte materielle Lage geriet, sprang aus einem Fenster ihrer im dritten Stock gelegenen Wohnung auf das Straßenpflaster. Sie wurde in bewußtlosem Zustand in das jüdische Hospital gebracht, wo sie bald darauf verstarb. Im Badezimmer ihrer Wohnung vergiftete sich mit Leuchtgas die Frau des Trikotagefabrikanten Jacob Löwengrub. In einem hinterlassenen Schreiben erklärte die Selbstmörderin, sie scheide aus dem Leben, weil sie dem verzweifelten wirtschaftlichen Ringen ihres Mannes nicht mehr zusehen könne.

### „Hazefirah" hat ihr Erscheinen eingestellt

Warschau, 18. August. (JTA.) Die einzige außerhalb Palästinas herausgegebene hebräische Tageszeitung, „Hazefirah" in Warschau, hat am 15. August ihr Erscheinen infolge finanzieller Schwierigkeiten eingestellt. Die „Hazefirah" war im Jahre 1862 begründet worden und erschien regelmäßig bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Viele Jahre hindurch stand sie unter der Leitung des gegenwärtigen Präsidenten der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency, Nahum Sokolow. Im Jahre 1925 wurde in Warschau eine neue hebräische Tageszeitung unter dem Titel „Hajim" gegründet, die sich jedoch nur ein Jahr lang halten konnte. Bald nach der Einstellung dieses Blattes im Jahre 1926 begann die „Hazefirah" wieder in Warschau zu erscheinen, mußte aber im August 1928 neuerlich eingestellt werden. Es wurde nunmehr ein Pressefond zu dem Zwecke geschaffen, das Wiedererscheinen des Blattes zu ermöglichen, was anfangs dieses Jahres gelang. Die Reserven haben sich jedoch nicht als ausreichend erwiesen, um den Bestand der Zeitung zu sichern.

### Arlosoroff bei Chancellor

Jerusalem, 20. August. (JTA.) Dr. Chaim Arlosoroff hat am Donnerstag, den 20. August, zum erstenmal als Leiter des politischen Ressorts der Palästina-Exekutive beim High Commissioner Sir John Chancellor interveniert. Dr. Arlosoroff hatte mit dem High Commissioner eine eineinhalbstündige Unterredung, in der der Inhalt bevorstehender gesetzlicher Verfügungen, insbesondere der geplanten neuen Grundstücksverordnung, erörtert wurde.

### 18 000 illegal eingewanderte Araber fallen unter die Amnestie

Jerusalem, 24. August. (JTA.) Entgegen der von der arabischen Exekutive aufgestellten Behauptung, die anläßlich der Volkszählung verkündete Amnestie für illegal Eingewanderte sei eine ausschließlich zugunsten der Juden getroffene Maßnahme, durch die 25 000 illegal eingewanderte Juden nachträglich die gesetzliche Aufenthaltsbewilligung erhalten sollen, erklärte der High Commissioner Sir John Chancellor am Sonnabend, den 25. August, einer arabischen Delegation, unter den 25 000 Personen, die für die Amnestie in Betracht kommen, seien 18 000 Araber, die seit der letzten Volkszählung im Jahre 1922 die Grenzen Palästinas illegal überschritten haben.

# Gemeinden- und Vereins-Echo

## Zionistische Ortsgruppe München

**Es ist gelungen zur Erstattung des Kongreßberichtes Herrn Dr. Alfred Landsberg, Wiesbaden, zu gewinnen, der am Mittwoch, dem 2. September, abends 8.30 Uhr, im Lessingsaal referieren wird.**

**Hebräische Sprachkurse, München.** Am 1. September beginnt der Unterricht in sämtlichen Kursen nach dem bekannten Stundenplan wieder. Außerdem wird bei genügender Teilnehmerzahl ein neuer Anfängerkurs beginnen, auf den wir alle Interessenten für die Makkabiade besonders aufmerksam machen. Anmeldungen und Auskünfte im Unterrichtslokal, Herzog-Rudolf-Straße 1, oder telephonisch unter Nr. 2 97 4 49.

**Jüdischer Jugendverein, München.** Der Jüdische Jugendverein nimmt am Donnerstag, dem 3. September, seine öffentlichen Veranstaltungen wieder auf, und zwar spricht an diesem Abend im Saale der „Concordia" (Beginn: 20.30 Uhr) der weiten Kreisen rühmlichst bekannte Kunsthistoriker, Herr Theo Harburger, über das Thema: „Kunst im jüdischen Leben" (mit etwa 60 Lichtbildern). Thema und Referent dürften auch außerhalb unseres Vereins Interesse erregen. (Eintritt frei!)

**Vereinigte Vereine „Linath-Hazedek" und Agudas-Achim".** Die Nachfrage nach den Synagogenplätzen war außerordentlich rege, so daß nur noch eine geringe Zahl von Plätzen verfügbar ist. Es wird den Interessenten dringend empfohlen, sich bei den Herren Leopold Buchaster, Reichenbachstraße 23 (Tel. 2 59 03) und M. Stiefelzieher, Columbusstraße 3 (Tel. 41 6 92) noch einen Platz zu sichern.

**Bar-Kochba. Damen-, Mädchen- und Kinderabteilung.** Im September wird der gesamte Turnbetrieb wieder aufgenommen. Mittwoch, den 2. September, nachmittags 3 Uhr, beginnen die Turnstunden der Kinderabteilung; Montag, den 7. September, abends 6 Uhr, turnt die Mädchenabteilung; von 7 bis 8 Uhr die Damenabteilung I, von 8 bis 9 Uhr die Damenabteilung II. Sämtliche Mitglieder werden aufgefordert, wieder regelmäßig und pünktlich die Turnstunden zu besuchen.

Die **Rosa-Werner-Nähstube** in München tritt heuer in das achte Jahr ihres Bestehens. In der schlimmen Zeit der Nachinflation gegründet, war sie eigentlich nur als eine vorübergehende Nothilfe für die ärgste Bedrängnis gedacht, aber schon die Tatsache, daß sie auch in den folgenden Jahren der Stabilisierung nicht überflüssig geworden ist, lehrt, daß die Not im ganzen stets brennend geblieben ist.

Wenn die Leitung der Nähstube in diesem Rahmen auch heuer wieder berichtet, so ist dies leider mehr, als nur eine Rückschau auf die geleistete Arbeit, wie sie Vereine alljährlich mitzuteilen pflegen. Zwei Umstände sind es, die uns unmittelbar veranlassen, uns an die Öffentlichkeit zu wenden: Der eine, daß, wie man ohne Übertreibung sagen kann, die Not in den Kreisen, denen unsere Arbeit zugute kommen soll, heute drückender ist, als je zuvor und der andere, daß auch manche von denen, die uns die Jahre bisher hindurch in so großzügiger Weise durch Schenkung von Material und Geld geholfen haben, heute durch die vernichtende Krise, die über uns hereingebrochen ist, daran gehindert sind, uns so zu helfen, wie sie es bisher getan haben. Beide Umstände werden es verständlich erscheinen lassen, wenn wir uns auch heuer wieder und dringlicher als je zuvor an alle wenden, die irgendwie unserer Bitte entsprechen können, und wenn wir sie herzlich bitten, unsere Arbeit auch weiterhin durch Schenkung von Material oder von Geld zu fördern; wenn wir uns über den Kreis unserer bisherigen Förderer hinaus an weiteste Kreise unserer Gemeinde wenden und wenn wir mitteilen, daß jede, auch die kleinste Zuwendung herzlich willkommen ist. Es drängt uns, auch an dieser Stelle allen, die uns bisher geholfen haben, unseren herzlichsten Dank zu sagen, vor allem der Israelitischen Kultusgemeinde München, die uns stets wohlwollend gefördert hat, dann unseren Spendern, die uns eigentlich erst unsere Arbeit möglich gemacht haben und — nicht zuletzt — den Damen der Nähstube, die in nimmermüder Hingabe mit der Anfertigung der Wäsche usw. beschäftigt waren. Ihnen allen also unseren aufrichtigsten Dank und die Bitte, uns weiter so wie bisher zu helfen und auch durch die Werbung neuer Mitarbeiterinnen unser Werk zu fördern. Neue Mitarbeiterinnen, die stets herzlich willkommen sind, wollen sich melden bei Frau Amalie Lang, Blumenstraße 31, Fernruf 24 9 92, oder bei Frau Else Landauer, Gentzstraße 1, Fernruf 31 8 61. Über Ort und Zeit der Nähstubennachmittage des kommenden Winters wird an dieser Stelle noch rechtzeitig Mitteilung gemacht werden.

Im vergangenen Arbeitsjahr wurden fertiggestellt und verteilt: 120 Bettücher, 116 Bezüge, 232 Kissen, 15 Taghemden, 6 Inlettbezüge, 8 Schürzen, 2 Tischtücher, 4 Kinderbettücher, 1 Kinderbettbezug, 1 Kinderbettkissen, 20 Frauennachthemden, 8 Inlettkissen, 2 Beinkleider, 4 Herrenhemden, 27 Knabenhemden, 28 Mützchen. Mit diesen Gegenständen konnten 98 Familien bedacht werden. Außerdem wurden für das Lehrlingsheim, für das Krankenheim und für die Ferienkolonie Näharbeiten aus, von diesen Anstalten gestellten Stoffen, angefertigt.

**Nürnberg. Konzert zu Gunsten des Keren Kajemeth Lejisrael**

Das für den 17. August festgesetzte Gartenkonzert Nürnberger Künster zu Gunsten des Keren Kajemeth Lejisrael konnte der schlechten Witterung wegen nicht wie gedacht, im Garten des Herrn Kommerzienrat Stock stattfinden, sondern mußte im Blauen Saale des Hotels Wittelsbach abgehalten werden. Dies hatte natürlich seine Nachteile, da das Programm für ein Saalkonzert etwas zu bunt war. Dagegen standen die Leistungen der Künstler auf beachtenswerter Höhe.

Das Konzert wurde eingeleitet durch die Violinsonate von Richard Strauß in Es-Dur, die von Frau Ilse Scheffler-Sorenn (Geige) und Herrn Karl Kritz (Klavier) mit Schwung interpretiert wurde. Darauf folgten zwei angenehme Stücke für Harfe und Flöte von Judassohn und Hilse, dargebracht von Frl. Buchbinder (Harfe) und Herrn Schneider (Flöte). Besonders gefiel hier das flotte Zusammenspiel dieser selten gehörten Instrumente. Die Sängerin, Eva Goldbach, riß das Publikum durch ihren sympathischen Sopran zu wiederholtem Beifall hin. Den Höhepunkt des Konzertes erreichte wohl das von den Herren Drahozal (Geige), Scheffler (Cello) und Kritz (Klavier) gespielte herrliche H-Dur-Trio von Brahms. Was diese drei Künster hier boten, war wirklich große Musik.

Das zahlreich erschienene Publikum dankte wiederholt den Künstlern, die sich in liebenswürdiger Weise dem Keren Kajemeh zur Verfügung gestellt haben.

### Polizei in Tel-Awiw

Zu diesem Artikel unserer letzten Nummer erhalten wir folgende Zuschrift:

An die Redaktion des Jüdischen Echo

Zufällig bin ich auf Urlaub von Palästina hier in München und lese in Ihrem geschätzten Blatt Nr. 34 den Artikel: Die jüdische Polizei in Tel-Awiw. Gestatten Sie, daß ich in dieser intimen und gemütlichen Art, wie da eine wirklich gut funktionierende Institution der Tel-Awiwer Verwaltung geschildert wird, entgegentrete. Trotz des versöhnenden Schlußsatzes muß hier der Eindruck erweckt werden, als ob es sich bei der jüdischen Tel-Awiwer Polizei um eine gemütliche Familienangelegenheit handelt. Vielleicht haben sich irgendwann zur Purimzeit diese Episoden ereignet — aber alltags ist das Leben Palästinas viel zu ernst und wird auch so ernst genommen, daß eine solche Art der Pflichterfüllung einfach lächerlich und absurd wirkt. Der Verfasser tut der palästinensischen Sache einen erbärmlichen Dienst durch derartige pseudowirkliche Darstellungen.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Dr. Erich Deutsch.

## Keren Kajemeth Lejisrael
**Jüdischer Nationalfonds**

Postscheck-Konto München 10442, Nürnberg 24565
Fernsprecher München 297449, Nürnberg 21912
**Zentrale für Deutschland, Berlin W 15**
**Meinekestraße 10**

### Münchener Spendenausweis Nr. 39
vom 12. August 1931

Spenden-Buch: Herr Lazarus Spielmann anläßl. seines 70. Geburtstages 10.—; N. N. anl. der Geburt ihrer Tochter 5.—.

Gold. Buch ZOG. München. Emilie Bernhard Zinn grat. Herrn L. Spielmann zum 70. Geburtstag 1.—; Adolf Mysliborski-Misch desgl. 2.—; Familie David Spinner desgl. und zur Verlobung Diamand-Kahn 2.—; Familie Jakob Kluger grat herzl. Familie Diamand sowie den Verlobten 1.—.

Allgem. Spenden: Zur Hochzeit Waak-Böhm grat. Weißbarth-Branz (unlieb verspätet) 1.—.

Büchsen: geleert durch Herrn Schulz: Max Landmann 5.—; Max Ullmann 2.—; S. Loew 1.50; Dr. Pereles 1.—; Dipl.-Ing. Engelberg 1.—; Frau Eichengrün 3.—; Frau Sternberger 2.— = 15.50.

Geleert durch Frl. Gisa Tolziner: Dir. M. Apfel 3.45; A. Idelsohn 1.—; D. Goldberg 1.— = 5.45.

Geleert durch Frl. Rauch: S. Adler 3.—; B. Chary 1.—; L. Eisenkling 1.70; J. Strum 2.—; Dr. M. Keins 2.—; O. Saß 1.—; S. Schmidt 1.—; Ch. Both 2.—; E. Krasnik 2.—; Emil Mendle 2.05; M. Königsberg 1.90; S. Freylich 4.34; 8 Büchsen unter 1 RM. 4.65 = 28.74.

Geleert durch Frl. Lindauer: Dr. B. Nußbaum 1.85; Ida Guggenheim 1.08; Dr. M. Deutsch 1.— Th. Mendle 2.— = 5.93.

Geleert durch Herrn Fritz Rosenthal: Komm.-Rat Otto Herz 2.—; Fritz Rosenthal 1.—; L. Boehm —.50 = 3.50.

Einzelne Büchsen: Dr. F. Bilski 3.—; Ch. Riemer 1.—; E. Goldberg 1.—; Regina Stammler 1.90; J. Blau 1.—; Fritz Weißbarth 4.46; Dr. Paul Weiß 6.05; Dipl.-Ing. Hans Macholl 1.65 = 20.06 = 78.77.

Material: 3 NF-Telegramme 3.—; 3 Vogelschaukarten 2.25 = 5.25. Summa: 106.02.

Gesamtsumme seit 1. Oktober 1930: 5724.36 RM.

### Spendenausweis des Nürnberger Büros
vom 20. August 1931

Spendenbuch: Herr und Frau Ludwig Gundelfinger anl. d. Hinscheidens ihres Vaters und Schwiegervaters 10.—; Herr Ludwig Bendit anl. seines 70. Geburtstages 10.—.

Allgem. Spenden: Überschuß aus dem Konzert 155.85; Moritz Bein (Augustbeitrag) 3.—.

Bäume für Dr. H. Liebstaedter s. A. Garten: Der Bezirksverband Nürnberg des KJV. grat. s. l. Bbr. Dr. St. Löwengart zur Geb. des Jungen, 2 B., 12.—.

Bäume für Dr. J. Bamberger Garten: Herr und Frau Dr. J. Bamberger kondolieren Frau Dr. Tannenwald in Hamburg, ein haber B. 3.—.

Bäume für Martha Kohn-Königshöfer s. A. Garten: Klaire Köngshöfer 1 B. 6.—.

Büchsen: aus Unsleben: Frau H. Zeilberger 5.—; aus Niederwerrn durch Frl. Irma Heßlein (Gottlob 4.85; Heßlein 4.75; Bildstein, S. Gutmann, Weiler, Theilhaber je 1.—) 13.60.

Wertzeichen: Dr. Albert Löb eine Vogelschaukarte 1.—; Hans Wolf-Veith 2 Telegrammformulare 1.—; Rosi Birnbaum-Fürth 3 Telegrammformulare 1.65. Summa: 222.10

Seit 1. Oktober 1930 aufgebracht 5494.39 RM.

*DORA DIAMAND*
*SAM KAHN*
*VERLOBTE*

*MÜNCHEN Elisabethstr. 5* — *NEW YORK*

*Empfang: Sonntag, 30. August 1931*

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München, Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.